

GAL Kamen

Klaus Dieter Grosch

Haushaltsrede zum Haushalt 2008 Ratssitzung am 14. Februar 2008

Der Haushalt 2007 war enormer Sparhaushalt: Es wurde gekürzt in Bereichen, die das Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt bestimmen. Von einer Gemeindefinanzreform fehlt weiter jede Spur.

Und aufgrund der Vernachlässigung der Kommunen, die in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit liegen, durch Bund und Land ist auch der Haushalt 2008 durch „Sparen“ gekennzeichnet. Die Haushaltssicherung – und damit ein Verlust an finanzieller kommunaler Selbstständigkeit – droht.

In einigen Bereichen – die schon 2007 Kürzungsoffer waren – werden weitere Gelder gestrichen:

bei der VHS nach 9 % im letzten Jahr, diesmal um weitere 6 %
bei der Musikschule nach 10 % im letzten Jahr, diesmal um weitere 6 %

bei der Stadtbücherei nach 28 % im letzt. Jahr, diesmal um 2 %
beim ÖPNV nach 3 % im letzten Jahr, um weitere 4 %

bei der Seniorenarbeit nach 1 % im letzt. Jahr, diesmal um 6 %
- Senioren werden immer mehr, doch Konzepte für eine städtische Seniorenarbeit sind immer noch nicht zu erkennen.

Andere Bereiche, wie der Denkmalschutz, die Gleichstellung, Sportanlagen oder das Haus der Stadtgeschichte wurden nach enormen Kürzungen in 2007 wieder leicht erhöht, sind aber vom Stand der Vorjahre noch weit entfernt.

Nach der Zerschlagung der KFF und dem Aus für Wildwasser im letzten Jahr werden keine Strukturen aufgegeben.

Das ist gut so, denn in einer Zeit, in der Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, brauchen wir soziale, bildende und kulturelle Einrichtungen. Und wir werden für deren Erhalt kämpfen!

Wo sind die Lichtblicke im Haushalt? – Man muss schon lange suchen...

Doch im Bereich der Schulen wurden die Kürzungen glücklicherweise wieder zurückgenommen.

Und gerade dort taucht Neues auf. Im Produkt „Schulträgerservice“ wird erstmals der Mensaverrein aufgeführt, der nicht nur den Kindern der Gesamtschule ein gesundes und günstiges Mittagessen bieten will.

Dies ist ein Beispiel, was „Schule“ machen kann – im wahrsten Sinne des Wortes und auch für andere kommunale Projekte: Hier gilt das Motto kommunalisieren statt privatisieren – oder „Öffentlich geht vor Privat“.

Mit Privatisierung und Public-Private-Partnership-Projekten betreibt die Landesregierung und betreiben viele Städte die Auslieferung der öffentlichen Daseinsvorsorge an private, profitorientierte Unternehmen. Sie gefährdet damit die flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Gütern und verhindert den uneingeschränkten Zugang aller BürgerInnen unabhängig von ihrer sozialen Situation.

Wir unterstützen die Kreis-Grünen in ihrer Forderung nach einem Sozialticket, mit dem ALG-2- und Sozialgeld-Empfänger öffentliche Einrichtungen im Kreis Unna verbilligt besuchen können.

Die Änderung des § 107 Gemeindeordnung schränkt die Möglichkeiten für kommunale Wirtschaftstätigkeit jenseits des Profitprinzips weiter ein und entmachtet die Stadträte. Das bedeutet die Enteignung von Gemeineigentum mit der Folge höherer öffentlicher Verschuldung, Einnahmeverlusten und einer Aushebelung der öffentlichen Kontrolle. Einrichtungen und Produkte der Daseinsvorsorge müssen auf qualitativ hohem Niveau und preisgünstig für alle BürgerInnen gesichert werden. Das ist nur möglich, wenn die Daseinsvorsorge der Profitmaximierung entzogen ist.

Die GAL lehnt die Privatisierung von öffentlichen Strukturen, wie der VHS, der Musikschule oder gar der VKU – wie sie von einigen hier Anwesenden gefordert wird, strikt ab. Wer mehr Demokratie will, muss auch mehr öffentlich kontrollierte Einrichtungen schaffen – nicht diese abschaffen.

Platz für weitere Zukunftsvisionen bietet der Haushalt 2008 nicht! Nach dem letzten Platz des Kreises Unna im Familienatlas findet man Voraussetzungen für Kindertagesstätten, für die Betreuung von unter 3jährigen, die ja erheblich mehr Personal verlangen, weiter nur am Rande. Kibbiz erhöht die Elternbeiträge und macht weitere Hoffnungen zunichte.

Soziale Gerechtigkeit und ökologische Erfordernisse – die von der GAL zum Haushalt gestellten Anträge sollen diese beiden Forderungen repräsentieren.
Vereinfacht gesagt: Kommunale Politik muss Sozial Schwache stützen und die Umwelt schützen!

Der eine Antrag dient der Umwelt – und auch der kommunalen Kasse. Wie kann es sich eine Stadt, die vor dem finanziellen Kollaps steht leisten, rund 2,5 Millionen Euro für die Renovierung der Parkhäuser allein in der Innenstadt auszugeben und keiner Gegenfinanzierung von den Nutzern zu verlangen? Das ist eine ungeheuerliche Subventionierung des motorisierten Individualverkehrs.

Für uns gehört dagegen der ÖPNV zur Grundversorgung – dessen Stützung ist nicht nur sozial, sondern auch ökologisch dringend geboten.

Unser Antrag, den Elternanteil für die Kosten der Schulbücher für ALG II Empfänger zu erstatten, ist weder neu noch löst er das Problem der [REDACTED] in unserer Gesellschaft. Die Hartz-Gesetze schaffen diese Armut, auch in Kamen. Über 2,5 Millionen Kinder in Deutschland leben auf oder unter dem Sozialhilfeniveau – jedes vierte Kinder unter 15 Jahren!

Fehlende Bildungschancen tragen dazu bei, dass sich Armut „sozial vererbt“.

Während des augenblicklichen Konjunkturaufschwungs sinkt zwar die Arbeitslosigkeit, die Armut von Kindern nimmt weiter zu.

Während eine Minderheit immer größeren Reichtum anhäuft, unter maßgeblicher Beteiligung der Regierungspolitik (Senkung der Gewinnsteuern, Entlastung der Unternehmen, Steuergeschenke an Kapitaleigentümer), werden Hartz-IV-Familien von der Erhöhung der Mehrwertsteuer besonders getroffen, weil sie ihr gesamtes Einkommen in den Alltagskonsum stecken müssen.

Bildung kann dieses gesellschaftliche Problem nicht lösen – sie kann nur Einzelnen helfen. Zur Lösung der Probleme bedarf es aber der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen.

Dazu brauchen auch die Kommunen mehr Mittel, um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit nicht zur Farce verkommen zu lassen. Kommunen brauchen mehr Handlungsspielräume – und auch unternehmerische Möglichkeiten.

Wenn die Neoliberalen in den Regierungsämtern so weiter machen mit der Restrukturierung aller Lebensbereiche nach dem Muster des Marktes, dann hat Armut natürlich auch eine Funktion: Sie dient als willkommenes Disziplinierungsinstrument und als sozialer Platzanweiser.

Dass dabei immer mehr Kinder auf der Strecke bleiben, ist insofern nur ein ganz alltäglicher Kollateralschaden der kapitalistischen „Normalität“. Und die Städte, deren soziale, kulturelle und ökologische Strukturen zusammenbrechen, haben dann keine Chance mehr, dem entgegen zu steuern.

Es gilt das gesprochene Wort.